

Nationalratswahlen 2013

Die etablierten Parteien versuchen ihrem Wahlkampf mit zahnlosen und pseudo-sozialen Themen Inhalt zu geben. Die FPÖ hat mit Stronach zu kämpfen. Die etablierte Politik ist ein Einheitsbrei und u.a. deshalb in der Krise. Richtig spannend wird es erst nach den Wahlen. Denn die Krise ist nicht vorbei und die Pläne für Angriffe liegen schon bereit. **Seite 2**

Vergewaltigung ist alltäglich

Indien: Frauenunterdrückung ist tief im feudalen Kastensystem und Kapitalismus verwurzelt. Aber die Proteste gegen Massenvergewaltigung haben aufgezeigt, dass es Widerstand gibt. Die CWI-Aktivistinnen Shital Alhat & Sarika Chavan werfen einen Blick auf die historischen Wurzeln und wirtschaftlichen Gründe der Frauenunterdrückung in Indien.

Seite 12

Schwerpunkt

Thatcher ist tot – aber nicht der Neoliberalismus. Die Wurzeln und Auswirkungen, aber auch der Widerstand gegen Neoliberalismus werden in diesem Schwerpunkt behandelt. **Seiten 7–10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 218 | 5.2013

Niedriglöhne können wir uns nicht mehr leisten!



Im Februar 2013 waren über 404.000 Menschen beim AMS gemeldet. Hinzu kommen Viele, die sich gar nicht mehr melden. Am Bau und im Handel stieg die Arbeitslosigkeit stark. Den größten Anstieg gab

bringen! Genauso falsch ist es, jetzt zu hoffen (oder zu behaupten), „mit der SPÖ wird's nach den Wahlen nicht so schlimm werden“. Auf Bundes- und Landesebene zeigt die SPÖ, dass sie für Nulllohnrunden

löhne – in manchen Bereichen seit 2000 um bis zu 35%! Doch die Anzahl der kleineren Protestaktionen ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Es gibt viele Menschen, die kämpfen wollen. Der Wille „endlich

ne Dich sind wir eine/einer zu wenig!

Egal ob in Zypern oder anderswo: den ArbeitnehmerInnen wird Geld genommen und an Banken und Konzerne verteilt. Wird die Wirtschaft „stimuliert“, wachsen bloß Rücklagen und Gewinne der Unternehmen – investiert wird nicht. Mit dieser „Krisenabwehr“ werden die nächsten Krisen vorbereitet. Eine Lösung ist im Kapitalismus nicht möglich. Nur mit einem sozialistischen Konzept jenseits der Profitwirtschaft geht's. Dazu gehören: massive Investitionen in Soziales, Umwelt und Bildung sowie die Ver-

staatlichung der wichtigsten Konzerne und Banken unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten. Wir brauchen eine neue Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche, die genau dafür kämpft!

Michael Gehmacher

Die SLP fordert:

- Echte Reallohn-Erhöhungen!
- Arbeitszeitverkürzung auf 30 h/Woche bei vollem Lohn!
- Statt „Bankenrettung“ massive Investitionen in Bildung und Soziales!
- Ein österreichweiter Streiktag gegen die Angriffe!

Die Krise ist nicht vorbei. Arbeitslosigkeit, Reallohnverluste und Sozialabbau: Widerstand!

es Anfang 2013 im Sozial- und Gesundheitsbereich, das sind die ersten Folgen der großen Einsparungen (über sieben Milliarden) im Sparpaket 2011. Es war ein Fehler des ÖGB, dieses Belastungspaket nicht mit Widerstand zu Fall zu

(Salzburg, Wien) und Sozialabbau (Kärnten, Steiermark) steht. Gegen den kommenden Sozialabbau hilft nur, jetzt Widerstand vorzubereiten.

Zu Sozialabbau und Arbeitslosigkeit kommen noch die sinkenden Real-

was tun“ fehlt nicht bei den durchschnittlichen ArbeitnehmerInnen, aber bei der ÖGB-Spitze. Anfang April haben wir daher die Kampagne „Gewerkschaften in die Offensive“ gestartet (mehr auf www.slp.at). Mach mit, denn oh-

Der Standpunkt



von Sonja Grusche Finanzministerin Fekter erhielt einen neuen Spitznamen: Aus „Schotter-Mitzi“ wurde „Jeanne d'Arc des Bankgeheimnisses“. Beides passt: Ersteren erhielt sie wegen Familienunternehmens und der Doppelbedeutung von „Schotter“ – sie gehört nicht zu den Armen und macht auch keine Politik für ebendiese. Jeanne d'Arc soll dem französischem Adel bei der Wahrung seiner Interessen gegen den englischen Adel geholfen haben. Passt – auch Finanzministerin Fekter verteidigt das Bankgeheimnis, um die österreichische Steueroase zu erhalten. Wobei diese Oase erst mit dem nötigen Kleingeld interessant wird! Denn

Fekter & Jeanne d'Arc: Nix für Arme!

durch Umsatz-, Lohn- und Konsumsteuern werden Menschen mit Normaleinkommen kräftig zur Kasse gebeten. Nicht so MillionärInnen und ihresgleichen. Und das soll auch so bleiben, wenn es nach Regierung, FPÖ und Stronach geht. Der Schutz der kleinen SparerInnen ist nur Ausrede, tatsächlich geht es darum, für sich selbst und seine Klientel die Gelder vor dem Zugriff der Finanz zu bewahren! Wir alle sind längst „gläserne BürgerInnen“. Nur die Vermögen und Einkommen von PolitikerInnen, Firmenchefs, Unternehmen und sonstigen Angehörigen der „Upper Class“ liegen weiter im Dunkeln.

Doch vielleicht wollen sie nur den Bankenstandort schützen? Denn bei einer echten Aufhebung des Bankgeheimnisses könnten Steuerflüchtige aus dem Ausland, und ÖsterreicherInnen die solche bleiben wollen, ihr Geld von heimischen Banken abziehen. Eine dramatische Kapitalflucht könnte den Bankenstandort gefährden und die Wirtschaft neuerlich in die Krise stürzen. Schutz davor ist aber weder das Bank- noch das Firmen-Geheimnis. Sondern die Übernahme von Banken und Konzernen durch die öffentliche Hand unter Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten – sie können verhindern, das Geld und Maschinen einfach abgezogen werden. Also: Klassenkampf statt Jeanne d'Arc.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08202021 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto.-Nr. 8812.733

Aktiv die Kandidatur der SLP unterstützen!

Die SLP unterstützt seit Jahren alle Schritte in Richtung des Aufbaus einer neuen ArbeiterInnenpartei. Bis dahin wäre ein linkes Wahlbündnis ein Fortschritt. Da es das trotz unserer Versuche nicht gibt, strebt die SLP eine Kandidatur bei den kommenden Nationalratswahlen an. Wir haben keine großen Geldgeber, keine Unterstützung von Banken und Konzernen. Wir wollen und brauchen nur die Unterstützung von Menschen, die unsere Ziele und unse-

re Arbeit unterstützen – ArbeiterInnen, Jugendliche, PensionistInnen, Arbeitslose, MigrantInnen...

- Unterstützt uns mit einer „Unterstützungserklärung“ (eine bürokratische Hürde, um neue Parteien am Antreten zu hindern). Vorab auf unserer Homepage ausfüllen!
- Unterstützt uns mit einer Spende auf PSK 8812.733.
- Unterstützt uns aktiv bei Aktionen und im Wahlkampf!



Nach der Wahl wird's spannend

Für die Nationalratswahlen versuchen sich die Großparteien mit pseudosozialen und zahnlosen Projekten zu retten. Doch nach

ÖVP. Deren Krise ist offensichtlich. Tirol mit seinen -zig ÖVP-Abspaltungen beweist auch, dass das bürgerliche Lager keinesfalls

Versprechen hat eigentlich schon alle Träume, die in „rot-grün“ gesetzt wurden, zerstört. Bezeichnend ist, dass Kaiser (SPÖ)

Gleich nach der Kärntner Wahl hat die SPÖ von „Budgetkonsolidierung“ (=Sozialabbau) gesprochen.

der Wahl, mit welchem Ergebnis auch immer, kommen die Kürzungen, die aus Sicht der Herrschenden längst überfällig sind. Denn die wirtschaftliche Situation wird nicht besser.

Aus den diversen Landtagswahlen können falsche Schlüsse gezogen werden: die ÖVP sei stabil, die FPÖ sei dem Abgrund nahe und rot-grüne Koalitionen brächten große Veränderungen.

Die Wahl von Pröll ist kein Signal für die Bundes-

stark und einig dasteht.

Die Hoffnung, dass Kri-sen die FPÖ zerstören, wurde schon oft enttäuscht. Die Erfahrung zeigt, dass sie sich immer wieder als „Alternative“ zum Einheitsbrei der etablierten Parteien präsentieren kann. In Konkurrenz zu Stronach wird der FPÖ-Wahlkampf wahrscheinlich besonders rassistisch werden.

Die Wiener Stadtregierung mit ihren Kürzungen und nicht erfüllten

rasch nach der Kärntner Wahl von „Budgetkonsolidierung“ gesprochen hat, Holub (Grüne) schon Jahre davor. Das heißt Kürzungen im Öffentlichen Dienst, bei Bildung, Sozialem und Privatisierungen. Dass SPÖ und Korruption einander nicht widersprechen, haben sie auch in Kärnten schon bewiesen. Dann noch die ÖVP wieder extra in die Koalition zu integrieren, sagt wohl genug. **Jan Millonig**



Für eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche!

Die etablierten Parteien unterscheiden sich kaum voneinander und haben keine Antworten auf reale Probleme. Umfragen geben neuen Parteien Chancen um die 20 %. Doch es braucht nicht irgendwas pseudo-Neues wie die neoliberalen Projekte Neos, Stronach & Co. Nötig ist eine Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche mit sozialem Programm. Soziale Themen müssen im Vordergrund dieser neuen Partei stehen und sie muss

z.B. in Lohnkämpfen aktiv sein. Statt Rassismus geht es um die gemeinsamen Interessen aller Beschäftigten. Statt Privilegien gibt es für FunktionärInnen nur ein Durchschnittseinkommen und Rechenschaftspflicht. Statt „Standortlogik“ setzt eine solche Partei auf internationale Zusammenarbeit der ArbeiterInnen gegen die Kürzungspolitik; die Profitlogik wird nicht nur kritisiert, sondern aktiv bekämpft.



Der rechte Rand

In den Kellern der Wiener Rechten findet zusammen, was zusammengehört: Ende April organisierte die rechtsextreme Strömung „Identitäre Bewegung Österreich“ einen Vortragsabend in der Schlösselgasse 11 in Wien. Dieselben Räumlichkeiten benutzt der Wiener Akademikerbund, eine ehemalige Teilorganisation der ÖVP. Als jener sich weigerte, seine Forderung nach Abschaffung des Verbots gesetzes trotz öffentlichem Eklat zurückzunehmen, zog die ÖVP die Notbremse und warf ihn raus.

Der Akademikerbund trat als Mitveranstalter des Vortragsabends auf, ebenso wie die reaktionsäre Uni-Organisation JES (Junge Europäische Studenteninitiative). Unter derselben Adresse haust auch Martin Grabs rechtsextremes Hetzportal „Unzensuriert“, das die Identitären laufend hochjubelt – eine rätselhafte Häufung von Zufällen, angesichts des identitären „wir sind weder rechts noch links“-Gewächs. Der deutschnationale Burschenschafter Markovics (Aldania) kandidierte schon für die FPÖ – und wie Julian Bauer und Fabian Russnak stellt er den harten Kern der Wiener Identitären dar. Die drei scheinen auch als Obmann, Obmann Stv. und Kassier des „Verein zur Erhaltung und Förderung der kulturellen Identität“ mit Sitz in der Wiener Schelleingasse 26 auf. Offenbar dient ihnen der Verein als legale/juristische Struktur. Es handelt sich hier nicht um harmlose Jugendliche, die sich gegen gesellschaftliche Missstände zusammenschließen, sondern um bekannte Rechte, die im Umfeld von ÖVP, FPÖ, Burschenschaften und Naziszenen netzwerken und agieren.

Pensionen: Täglich grüßt das Murmeltier

Vor zehn Jahren mobilisierte der ÖGB gegen die damalige Pensionsreform. Am 13.5.2003 demonstrierten 200.000 in Wien,

Jahren 1987, 1992, '93, '96, '97, 2000, '03, '04). Die schwarz-blaue Regierung hatte derart harte Angriffe durchgepeitscht, dass die

(oder höhere andere Steuern); 2) geringere Pensionen; 3) Anhebung des Pensionsantrittsalters.

Um die Sicherung der

kräfte nichts mehr taugen, aber weil oft krank auch noch teuer sind. Ein weiteres Beispiel für den unmenschlichen Zynismus des

Die idealen PensionistInnen für die ExpertInnen: Arbeiten bis zur Pension und dann möglichst rasch sterben!

am 3.6. streikten über eine Million Beschäftigte österreichweit. Dann brach der ÖGB die Bewegung ab, um zu verhandeln. Das Ergebnis: dramatische Verschlechterungen.

Seit den 1980er Jahren erklären alle paar Jahre „ExpertInnen“, das Pensionsystem wäre unfinanzierbar. Es folgt eine Pensionsreform, die die Pensionen kürzt, das Antrittsalter hebt und die Beiträge erhöht (u.a. in den

aktuelle Regierung sich eine kleine Verschnaufpause bei den Angriffen auf Pensionen leisten konnte. Doch vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise ist diese vorbei. Ende 2012 gab es den von der Wirtschaft begrüßten „Expertenauftrag zu einer nachhaltigen Pensionsreform“. Bis zur Nationalratswahl werden die etablierten Parteien warten, danach wird es losgehen. Im Repertoire: 1) Anhebung der Beitragssätze

Pensionen geht es in Wirklichkeit nicht, sondern um Kürzungsmaßnahmen. Die Cash-Bestände der heimischen Leitbetriebe lagen Ende 2011 bei 8,3 Milliarden, die reichsten zehn Familien verfügen über 68,8 Milliarden Euro. Firmen wie Andritz, Strabag & Co. schütten Dividenden in Millionenhöhe aus. Gleichzeitig sind PensionistInnen in der kapitalistischen Logik offensichtlich nur lästiger Ballast, die als Arbeits-

Systems! Hätte der ÖGB 2003 die Streiks nicht einfach beendet, sondern weitergeführt, dann hätte er den Pensionskahlschlag nicht nur verhindert, sondern eine Bewegung lostreten können, die sich das Geld für einen Ausbau des Pensionsystems von den Reichen und Unternehmen holt. Eine solche Bewegung wird spätestens ab Herbst 2013 wieder nötig sein.

Sonja Grusch

Wahlkampfkosten

Geschätzte 30 Millionen werden für den NR-Wahlkampf ausgegeben, offiziell gesetzlich gedeckelt auf sieben Mio. Euro/Partei. Persönliche Werbung von KandidatInnen wird aber erst ab € 15.000,- eingerechnet. Spenden müssen erst ab € 3.500,- bekanntgegeben werden. Der Wahlkampf-Auftakt der ÖVP-NÖ wurde von Agrana gesponsert, Raiffeisen und die Industriellenvereinigung haben gespendet – Zahlen unbekannt.

Nur wer im Parlament in Clubstärke vertreten ist, kommt auch sicher im ORF vor. Sie werden zur Elefantenrunde eingeladen und können sich in der direkten Konfrontation positionieren. Da im ORF Parteienwerbung verboten ist, werben die Parteien in Privatmedien. Im österreichischen Privat-Fernsehen kostet eine Einschaltung für 30 Sekunden/2 x täglich etwa 100.000 Euro/Monat. Die Produktion kostet € 20-40.000,-.

Eine Großplakat-Kampagne kostet pro Monat rund € 40.000,- und eine Wahlkampf-Auftakt-Veranstaltung rund € 100.000,-.

Für Inserate haben die Grünen im NÖ Landtagswahlkampf offiziell insgesamt € 90.000,- ausgegeben, die FPÖ rund € 30.000,-. Alle großen Parteien bezahlen Wahlkampf-HelferInnen ca. € 8/Stunde, Mitgliederwahlkampf gibt es kaum noch.

Statt Wahlkampfkosten – Rückerstattung gilt seit 2012 die um € 17 Millionen teurere reformierte Bundes-Parteienförderung. € 29 Millionen werden nach Clubstärke aufgeteilt. Mit Förderung der Parteiacademien u.a. kommen die Bundes-Parteien auf € 60,2 Millionen/Jahr. Weitere € 127,5 Millionen zahlen die Länder. Insgesamt kommen die Parteien auf € 187,7 Millionen/Jahr Förderungen. Das macht € 29,6 pro Wahlberechtigtem.

Nach dem 2. Weltkrieg schuf die Sowjetunion in Ostdeutschland einen stalinistischen Staat ohne ArbeiterInnen demokratie. Doch die ArbeiterInnen in der DDR nahmen den sich abzeichnenden „neuen Kurs“ der „Sozialistischen“ Einheitspartei (SED) nicht kampflos hin: Die Zugeständnisse an HandwerkerInnen und Selbstständige, nicht aber an ArbeiterInnen, brachten 1953 das Fass zum Überlaufen. Drei Monate nach Stalins Tod legten ausgehend von einem Bauprojekt in der Stalinallee 372.000 ArbeiterInnen die Arbeit nieder. Vom 16.-19. Juni forderten sie freie Wahlen, Selbstverwaltung der Betriebe unter Arbeiter-

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

rInnenkontrolle sowie die Möglichkeit, freie Gewerkschaften zu bilden. Sie kämpften für eine tatsächliche Rätedemokratie, wie sie in Russland 1917 entstanden war.

Die Führung der SED war nicht in der Lage, politisch auf die Forderungen der Streikenden einzugehen, da jedwede inhaltliche Auseinandersetzung auch die von ihnen angehäufte Macht angriff. Der Versuch von Reformen konnte die Bewegung nicht mehr stoppen. Die Antwort war schlussendlich eine militärische: Russische Panzer und Soldaten rückten vor und töteten 260 Menschen. Alle FührerInnen wurden entlassen, verhaftet oder zum Tode verurteilt.

Doch wie auch in folgenden antistalinistischen Protesten (Ungarn 1956, Prag 1968) wollte man nicht den Kapitalismus wieder einführen: Die ArbeiterInnen wollten die stalinsche Elite stürzen und echten, demokratischen Sozialismus errichten.

Moritz Erkl



Gerechtigkeit: Mission Impossible?

„Unsere Mission: Gerechtigkeit“ ist das Motto zum ÖGB-Kongress im Juni. Im Leitantrag ist von „sehr guten Lohnabschlüssen“

Gas 5%, Fernwärme 8%, Fleisch 8,3%, Gemüse 13%, Mieten 4,4%, Heizöl 8,3%. Laut einer Studie verloren die ärmsten zehn Prozent

dert die Gewerkschaften anlässlich des Bundeskongresses 2013 auf, in die Offensive zu gehen (Unterschreiben auf www.slp.at).

ern wie die Umsatzsteuer. Sie verteilen alles und belasten NiedriglohnbezieherInnen besonders stark. Wirkliche Ansätze für Umverteilung sind: Hohe Progression; hohe Besteuerung von Vermögen, Unternehmen und Kapitaleinkünften; Schluss mit Geschenken an Unternehmen und Reiche wie Gruppenbesteuerung und Stiftungsrecht; Abschaffen von Konsum- und Massensteuern. Das erfordert Kampagnen und Mobilisierungen bis hin zu Streiks gegen den Widerstand von Unternehmen und Reichen.

Auf dem Weg zu Gerechtigkeit kommen wir am Überwinden des Kapitalismus als Wurzel der Ungerechtigkeit nicht vorbei!

Helga Schröder

ÖGB verwendet Steuersystem als Ausrede für miese Lohnabschlüsse

die Rede, von denen aber wegen der Steuer zu wenig übrig bliebe. Viele fühlen sich da verhöhnt. Mit Ausnahme von Salzburg und Wien, wo erfolgreich gekämpft wurde, gingen Öffentlich Bedienstete leer aus. Beschäftigte des Sozialbereichs wurden mit 2,75% abgespeist. Die Inflationsrate 2012 von 2,4% ist nicht die Lebensrealität. Im Schnitt betragen die Teuerungen für

in Österreich 2000-2010 35% ihres real verfügbaren Einkommens.

Die Gewerkschaftsführung organisiert nur Dampfablassaktionen, akzeptiert Reallohnverluste und lässt KollegInnen, die kämpfen wollen, im Stich. Im jetzigen Zustand des Kapitalismus ist kein Platz für sozialpartnerschaftliche Kompromisse, Standortlogik und Kaufkraft-Argumentation. Die SLP for-

Arbeitende sind steuerlich höher belastet als BezieherInnen von Gewinn- und Kapitaleinkünften. Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern betrugen 2010 nur 1,3%. Die Forderung von Vermögens- und Unternehmenssteuern ist also richtig, ersetzt aber nicht reale Lohnerhöhungen! Wider besseren Wissens ignoriert der ÖGB die größte Ungerechtigkeit: Massen- und Konsumsteu-

6. Urlaubswoche? Wo bleibt die Kampagne?



Während alle möglichen „ExpertInnen“ behaupten, dass wir mehr arbeiten müssen, verlangt der ÖGB eine sechste Urlaubswoche. Viele freuen sich. Endlich eine offensive Forderung! Wir alle spüren, dass wir in immer kürzerer Zeit immer mehr arbeiten müssen. Vielen wird das zu viel. „Burn Out“ ist in aller Munde. Die ÖGB-Forderung ist daher richtig. In Deutschland verlangen GewerkschafterInnen eine Arbeitszeitverkürzung.

In Österreich ist die letzte Jahrzehnte her.

Linke und kämpferische GewerkschafterInnen müssen die ÖGB-Spitze jetzt in die Pflicht nehmen. Denn der Wille der ÖGB-Spitze, die sechste Urlaubswoche tatsächlich durchzusetzen, ist kaum erkennbar. Wie bei jeder Arbeitszeitverkürzung behauptet die Wirtschaft, mehr Urlaub würde die Betriebe in den Konkurs treiben. Eine Pressekonferenz wird daher nicht rei-

chen, um diese Forderung durchzusetzen. Wir brauchen eine öffentliche Kampagne unter Einbeziehung aller Mitglieder. Betriebsversammlungen könnten ein erster Schritt sein. Zu Weihnachten wird es vom Chef vielleicht Lebensmittelgutscheine geben, aber sicher keine sechste Urlaubswoche. Neben einer öffentlichen Debatte wird daher auch Druck aus den Betrieben, bis hin zu Streiks, notwendig sein!

Irene Müller

GPA-Konferenz: Eine vergebene Chance

Trotz der andauernden Wirtschaftskrise erzielen die Banken und Konzerne weiter Rekordgewinne. Demgegenüber stehen jedes Jahr neuerliche Reallohnverluste und der Gegensatz zwischen arm und reich wird ständig größer. Am 4. April trafen sich etwa 700 BetriebsräteInnen der GPA-djp zu einer österreichweiten Konferenz, um zu diskutieren, wie man gegen dieses Ungleichgewicht ankämpfen kann.

Einhellige Meinung der ReferentInnen war, dass es unbedingt notwendig ist, Lohnabschlüsse weit über der Inflationsrate zu erreichen, immer mit dem Argument „um die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen zu stärken“. Danach konnten die Gewerkschaftsspitzen nicht – wie sonst üblich – die „so tollen KV-Abschlüsse“ loben, lenkten aber sofort ab, um ihre Forderung nach Steuerreform zu propagieren.

Eigentlich hätte es auch zu Diskussionen über zukünftige Strategien kommen sollen, doch wurden diese durch zu viele Referate unterbunden. Zu groß war wohl die Angst, dass die Politik der Gewerkschaftsführung in Frage gestellt werden könnte. Außerdem wäre dann wieder einmal klar herausgekommen, dass es keine Strategien gibt.

So entwickelten sich die Diskussionen v.a. in den

Pausen, waren dafür aber umso fruchtbarer. Dabei zeigte sich, dass Viele gerade wegen der Strategiediskussion gekommen waren und dass der Schwerpunkt der BetriebsräteInnen sehr wohl auf höheren Lohnabschlüssen liegt.

Die Initiative „Gewerkschaften in die Offensive“, die von der SLP gestartet wurde, fand viele UnterstützerInnen. Um die Gewerkschaften in die Offensive zu drängen, müssen sich die KollegInnen, die diesen Slogan ernst meinen, organisieren und in ihren Betrieben schon jetzt Kampagnen starten, um bei den nächsten KV-Verhandlungen die Forderung nach wirklicher Lohnerhöhung auch durchsetzen zu können.

Jedoch muss auch über den Tellerrand des eigenen Betriebes geschaut werden. Betriebs- und branchenübergreifende Kampagnen sowie Solidaritätsaktionen, wenn andere Branchen in Arbeitskämpfen stehen, sind notwendig. Nur weitreichende Aktionen und Vernetzung können den notwendigen Druck auf die Gewerkschaftsführung aufbauen, um diese endlich zum Umdenken zu zwingen. Die Kampfbereitschaft der KollegInnen ist da. Nun muss diese auch genutzt werden.

Herbert Wanko,

Betriebsrat im Sozialbereich



Salzburg gegen Rechtsextreme

Dass SPÖ und ÖVP in Salzburg Sympathien verspielt haben, ist nicht mehr zu übersehen. Auch bei den SLP-Infotischen am Wo-

ternehmen werden müssen.“

Kann die FPÖ vom Frust über die anderen etablierten Parteien profitie-

ternative zu den Kürzungen und dem Sozialabbau der großen Parteien. Gerade die Streiks im öffentlichen Dienst in Salzburg

Linke Alternative zu rechter Hetze gerade vor Nationalratswahl notwendig!

chenmarkt ist das deutlich zu spüren. PassantInnen jeder Altersgruppe sind wütend und wissen nicht wirklich, wen sie wählen sollen. Alle Parteien erscheinen höchstens als kleineres Übel, kaum jemand ist von einer Partei überzeugt. In Diskussionen spielt auch die Angst vor einer starken FPÖ eine Rolle. Gerade unter Jugendlichen gibt es eine Stimmung das „endlich

ren? Sie versucht sich als saubere „Anti- Korruptionspartei“ zu präsentieren und dringt damit zumindest teilweise durch. Auch deshalb hat die SLP ein Bündnis gegen den Wahlkampfabschluss der rassistischen Partei am 2.5. ins Leben gerufen. Mehre Tausend Flyer wurden verteilt! Gerade rund um die Wahl machen wir klar: Statt rechter Hetze brauchen wir eine linke Al-

ternative einen Weg gezeigt, wie das erkämpft werden kann. Deshalb sammelt die SLP auch in Salzburg Unterstützungserklärungen, um zur Nationalratswahl anzutreten. Leider kam trotz unserer Initiative kein Wahlbündnis zu stande, weshalb wir versuchen, alleine zu kandidieren. Nötig wäre es!

Lukas Kastner

Aktiv werden statt tauschen!

Am Samstag, dem 13. April, fand in Gmunden unsere Veranstaltung zum Thema „Tauschkreise & Regiowährung“ statt. Diese hatte wir zuvor mit Flugblättern und Plakaten beworben. Es nahmen sogar Tauschkreis-AktivistInnen aus Linz teil, mit denen wir eine hitzige Diskussion führten. Thema war u.a. der ideologische Boden der Tauschkreise: Bei der Beschränkung auf den Finanzsektor gibt es Überschneidungen zum

Rechtsextremismus. Zum anderen nehmen sie sehr viel Zeit in Anspruch, was Menschen davon abhält, politisch aktiv zu werden und z.B. im Kampf gegen Sozialabbau mitzuwirken. Da sie im Kapitalismus bleiben, sind diese Projekte auch keine wirtschaftliche Alternative. Dies gaben die AktivistInnen auch zu – einer meinte: „Ich bin ja auch für die Revolution“.

Simon Stockhamer

Termin des Monats

Ägypten zwischen zwei Revolutionen?

Nach dem Sturz Mubaraks 2011 kam die Muslimbruderschaft an die Macht. Die soziale Situation hat sich seither nur verschlechtert und die Islamisten werden immer offensiver. Es regt sich aber Widerstand: Tausende Streiks und Massendemonstrationen erschüttern das Land.

Diskussion mit zwei kürzlich aus Ägypten zurückgekehrten Marxisten über die revolutionären Perspektiven am Nil.

Mittwoch, 22. Mai, 19.00 Uhr,
Pizzeria La Piazza, Wien 20, Gaußplatz 7



Die „Eurovision Song Contests“ (ESC) der Europäischen Rundfunkunion starteten 1955. Als akzeptierte Stilrichtung wurde das gesungene Lied mit oder ohne Instrumentalbegleitung festgelegt. Dies hat sich über die Jahrzehnte notgedrungen geweitet. Ähnliches geschah mit Regeln zu Auswahl und Gewinnermittlung. Während in den 1970ern die Diktaturen in Spanien und Portugal fielen, dauerte die Umsetzung demokratischer Mitbestimmung im TV länger. Es entschieden ausschließlich Jurys. Diese wurden von der jeweiligen Anstalt nominiert. Leute aus dem Musikbusiness wurden teilweise durch „interes-

Rote Seitenblicke

sierte Laien“ ergänzt.

Das erste Publikums-voting gab es 1997. Nicht-konforme Beiträge oder gar Blödeleien lockerten den ESC-Alltag nun auf. Man erinnert sich an Stars wie „Guldo Horn & Die Orthopädischen Strümpfe“ 1998 und den Sieg der Hardrock-Band Lordi 2006. Diesem Ergebnis folgten rück-schrittliche Eingriffe ins Reglement. Jedes Land hatte nun eine „ExpertInnenjury“ mit 50% Einfluss festzulegen.

2005 interpretierten die ORF-Verantwortlichen Demokratie auf ihre ganz spezielle Weise. Die Telefon-Abstimmung wurde durch Tricks „zugunsten ländlicher Regionen und älterer Menschen verschoben“ (wikipedia). Der zweitplatzierte Alf Poier hatte 45.000 Stimmen mehr erhalten als die „Sieger“ Global Kryner.

Die „kulturpolitischen Eliten“ in Europa geben hier gewinnbringendem Mainstream den Vorzug. Demokratie stört hier bisweilen (wie in vielen anderen Bereichen im Kapitalismus) – wie auch ein eigener Geschmack! Franz Neuhold

Kein Fußball dem Faschismus!

Beim Fußballklub Austria Wien liefert sich der von Faschisten dominierte Fanclub „Unsterblich“ einen Machtkampf mit der Vereinsführung. Dabei schre-

praktiziert. Die Fanclubs sollten sich „unpolitisch“ verhalten und wurden dafür von der Vereinsführung akzeptiert.

Jetzt ist die Austria auf

ein- und ausgehen können. Deshalb wurde vor kurzem der Sicherheitsdienst ausgewechselt. Der alte war offensichtlich mit Sympathisanten von „Unsterb-

dem Zuhältermillieu; sie haben unter anderem Verbindungen zu Studentenverbindungen und FPÖ.

Die Führung der Austria muss sich hinter ihre an-

Nazis raus aus der Austria Wien! Doch auf die Polizei können wir uns nicht verlassen.

cken die Nazis auch nicht vor körperlichen Angriffen auf Mitglieder von Fanclubs zurück, die gegen eine von Nazis dominierte Heimkurve im Horrstadion sind.

Über viele Jahre hat die Vereinsführung das Nazi-problem ignoriert. Im Kuratorium von Austria Wien sitzt auch der Wiener Bürgermeister Häupl (SPÖ). Mit den faschistisch dominier-ten Fanclubs wurde lange ein Stillhalteabkommen

Erfolgskurs und steht deshalb auch in europäischen Wettbewerben stärker im Rampenlicht. Da sind die lange geduldeten Nazis auf der Osttribüne des Horrstadions doch lästig geworden, man will sie nun loswerden. Doch das geht nicht so einfach. Sie haben sich über Jahre festgesetzt und Strukturen gebildet. Das sieht man daran, dass Nazis mit Hausverbot trotzdem im Stadion

lich“ durchsetzt.

Nazis nutzen den Fußball offensiv als Organisationsplattform. Sie sind vereinsübergreifend vernetzt. Im Fußball sind Austria und Rapid Wien erbitterte Riva- len. Doch die Nazis beider Vereine kennen sich untereinander und verstehen sich blendend. Im Kampf gegen politische Feinde treten sie gemeinsam auf. Manche aus ihren Reihen kommen aus

tifaschistischen Fans stellen, anstatt sich auf die Polizei zu verlassen oder einen „politikfreien Fußball“ zu fordern. Gleichzeitig müssen sich auch Fangruppen außerhalb der Austria solidarisch zeigen. Die Nazis müssen in den Stadien isoliert werden. Ein erster Schritt könnte ein Aktionsstag in verschiedenen Stadien, mit Transparentaktionen von Fans gegen Nazis sein.

C.B.

So sparen Sponsoren Steuern!

Es liest sich freilich prächtig. Als „moderner, privater Kulturdienstleister“ hält das laut Eigen-definition „erfolgreichste Ausstellungshaus Österreichs“ in seinem „Mission Statement“ fest: „Das Bank Austria Kunstforum ist für Kunstinteressierte die erste Anlaufstelle [...] 250.000 Menschen besuchen jährlich die weltweit einzigartigen Wechsel-ausstellungen...“

Schön für alle, die sich aktuell Meredith Oppenheimer ansehen wollen.

Viel schöner aber noch für die Bank Austria, die als Hauptsponsor des Kunstoffums auftritt. Dieses ist zwar als Verein registriert, betreibt aber gleichzeitig durch den angegliederten Shop die „Kunstforum HandelsgesmbH“. Wir dürfen vermuten, dass hier gewinnorientiert gearbeitet wird.

Was auf den ersten Blick als uneigennützige Kunstmöderung daherkommen mag, ist freilich „part of the game“: „Reputationsbezogene Maßnahmen

spielen angesichts der kritischen Sicht des Bankwesens in der Öffentlichkeit eine wichtige Rolle, [dazu zählen] gezielte Sponsoring-Aktivitäten“, heißt es im BA-Geschäftsbericht 2012. Dass die Sponsorgelder als Betriebsausgaben nicht zur Versteuerung kommen, heißt konkret: die Allgemeinheit finanziert so über Umwege die Politur eines ramponierten Images. Wenn das keine Kunst ist!

Alexander Svojtko



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Thatcher ist tot – Der Neoliberalismus lebt

Als Margaret Thatcher und Ronald Reagan Ende der 1970er/Anfang der 1980er-Jahre mit Privatisierungs- und Kürzungsprogrammen antraten, nannte man das noch „Monetarismus“. Im Mittelpunkt stand die monetäre Stabilität der jeweiligen Länder, die durch genannte Maßnahmen zu erreichen sei. Mehr als dreißig Jahre später, Millionen Arbeitslose und Milliarden Pro-

bezahlter (Industrie-)Arbeitsplätze und, wie im Falle Großbritanniens, die Zerstörung fast der gesamten Industrie sind Resultate dieser Politik. Gleichzeitig wurden die Finanzmärkte mit aus der sogenannten „Realwirtschaft“ abgezogenem Kapital versorgt. Dem Kollaps der Märkte ab 2008 ging deren rasanter Aufstieg in den Jahrzehnten davor voraus.

te aber schon anhand der Wortwahl revidiert werden können. So wurde die erste Bankenverstaatlichung im Zuge der Krise (Royal Bank of Scotland 2008/09) wurde von der Regierung treffend als „pre-privatisation“ bezeichnet. Öffentliche Gelder wurden verwendet, um private Profite zu retten, die Bank zu sanieren und sie ehestmöglich zu reprivatisieren. Auch in

kratisch geführte Regierung bereits in den 1980er Jahren. Auch die 1990er waren eine Zeit des fröhlichen Sozialkahlenschlags und der Veräußerung öffentlichen Eigentums. Ab 2000 begannen ÖVP und FPÖ/BZÖ die Überbleibsel zu veräußern. Während man gleichzeitig Parteidienststellen mit Posten versorgte und auf Jahrzehnte hinweg Arbeitsplätze in der Korruptions-

tisierung. Die strukturelle Unterfinanzierung zentraler öffentlicher Bereiche (wie Bildung, Gesundheit und Pflege) führt zur Entwicklung eines privaten Sektors in den jeweiligen Bereichen und damit zu einer Privatisierung über die Hintertür. Wenn öffentliche Schule und Krankenhäuser versagen, gibt es Nachfrage für private Angebote – wer es sich leisten kann,

Trotz Banken- und Wirtschaftskrise und auch nach dem Tod der Eisernen Lady setzen die Herrschenden auf Neoliberalismus.

fite mehr, kurz nach einer Banken- und mitten in einer Wirtschaftskrise, macht es Sinn, kurz Bilanz zu ziehen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien sind ebenso wie alle anderen Länder in einer tiefen Staatsverschuldung gefangen. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Betriebe hat weder zu deren Sanierung noch zu einer Verbesserung geführt. Der Abbau ehemals gut

Angesichts dieser eindeutigen Bilanz machte sich auch das Feuilleton bürgerlicher Zeitungen in den vergangenen Jahren immer wieder auf den Weg, um den Neoliberalismus zur letzten Ruhe zu betten. Die an Keynesianismus erinnernden Maßnahmen der Regierungen (wie Stimulationspakete und Bankenverstaatlichungen) wurden als Bruch mit dem Neoliberalismus gedeutet. Diese „Erkenntnis“ hät-

staatlicher Hand unterscheidet sich die Finanzgebarung der RBS und aller anderen (teil)verstaatlichten Banken nicht von „normalen“ kapitalistischen Privatbanken. Es ist also zu früh für das letzte Geleit (sieht man von Baroness Thatcher ab).

Auch Österreich war und ist keine Insel der Seligen. Mit Privatisierungsprogrammen und „Sparpaketen“ startete die sozialdemo-

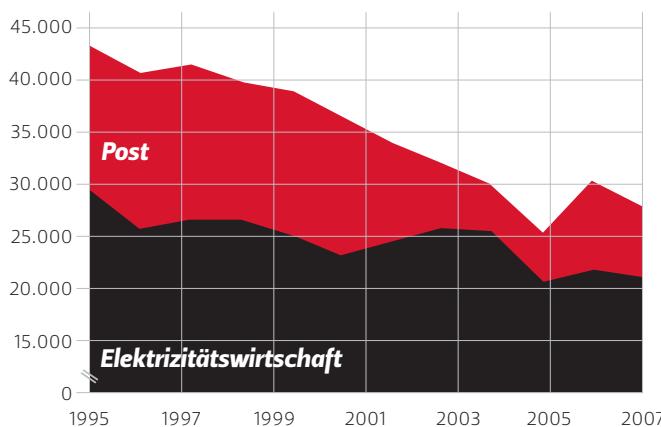
staatsanwaltschaft sicherte wurde keines der postulierten Ziele erreicht. Es gab kein Nulldefizit und keinen dynamischen Wirtschaftsaufschwung. Dafür Arbeitslosigkeit und Milliardenprofite. Noch heute bilanziert ÖVP-Generalsekretär Rauch die Privatisierungen als „Erfolgsstory“ und will diese „ohne Scheuklappen“ weiterführen. Aber Neoliberalismus bedeutet heute nicht mehr schlicht Priva-

sichert sich gute Bildung und Gesundheitsvorsorge. Privat, versteht sich. Dass der Neoliberalismus nicht der Vergangenheit angehört, zeigt sich jeden Tag. Der Widerstand gegen ihn muss darum auch weitergehen.

Jan Rybak

Privatisierung kostet Jobs

Vollzeitarbeitsplätze in privatisierten Sektoren
(inklusive neuer Konkurrenzunternehmen)



Quelle: AK Wien Studie "Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen", April 2009, bit.ly/17Hly8j, Seite 72

Die SPÖ und der Neoliberalismus:

Die SPÖ hat sich, trotz sozialer Rhetorik in Wahlkampfzeiten, komplett dem neoliberalen Konsens verschrieben:

➤ **Vranitzky und Klima** wiesen zusammen ein OIAG-Privatisierungsvolumen von 4,8 Milliarden Euro vor. Um „fit“ für die EU und ihre Wirtschaftsregeln zu werden, wurden unter SPÖ-Regierungsbeteiligung die Verstaatlichten zerschlagen.

➤ **Unter SPÖ-Regierungsbeteiligung wurden teil- oder total privatisiert:** OMV, Voest Alpine, VA Tech, Flughafen Wien, Staatsdruckerei, Austria Tabak, AMAG, Böhler. Die vorerst letzte Großprivatisierung unter Faymann war der Verkauf der Austrian Airlines.

➤ **Die Wiener SPÖ** wickelte 2000 die größte Privatisierung der österreichischen Kreditwirtschaft ab: den Verkauf der Bank Austria an die bayerische HypoVereinsbank – nachdem drei Jahre zuvor Vranitzky und Klima die Creditanstalt privatisiert hatten.

➤ **Für die unzähligen** Swap- und CBS-Geschäfte von SPÖ-Stadtregierungen fehlt hier der Platz.

<http://www.profil.at/articles/1133/560/304855/spoe-links>

➤ **Die Akzeptanz** neoliberaler Logik führte in Österreich zu einer merkbaren Verschlechterung in der Gesundheitsversorgung. Zwischen 1990 und 2006 wurden 13,6 % der Krankenhausbetten gestrichen, in öffentlichen Krankenhäusern sogar 19,8 %. Im gleichen Zeitraum hat die Zahl der Betten in privaten profitorientierten Spitälern um 56,8 % zugenommen.

http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d97/Oeffentliche_Dienstleistungen_7.pdf

➤ **Neoliberalismus bei der Post:** Privatkunden machen gerade einmal 5 % de Umsatzes der Post aus, den Löwenanteil machen Großunternehmen und Behörden. In den Worten eines früheren Postmanagers: „Der Privatkunde,... ganz ehrlich, spielt keine Rolle mehr bei der Post ... der Private spielt politisch eine Rolle ... und wird ... herbeigelobt und diskutiert von den Politikern, aber de facto bringt er die Menge nicht.“ Zwischen 2002 und 2007 wurden deswegen 951 Postfilialen geschlossen. 2009 existierten 1.334 Filialen und damit nur noch 57 % des Netzes von 1998. Die Zahl der Beschäftigten ist zwischen 1998 und 2007 um 13.467 Personen oder 37 % zurückgegangen.

http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d97/Oeffentliche_Dienstleistungen_7.pdf

Back to normal: Der ungeschminkte Kapitalismus

Der Neoliberalismus befindet sich ideologisch in der Defensive. Neoliberale Reformen werden heute weniger ideologisch begründet als durch angebliche „Sachzwänge“ – dennoch existiert er weiter.

Der Neoliberalismus fiel in den 1970ern nicht ein-

wegung erheblich stärkte, ArbeiterInnen aus dem Ausland wurden geholt. Teilweise herrschte sogar Arbeitskräftemangel. Dadurch verbesserte sich die Verhandlungsposition der ArbeiterInnenklasse: Die Gewerkschaften waren stark aufgestellt. Die Fol-

noch alles gut. Es folgte eine Stagnation der Wachstumsraten der Produktivität bei der produzierenden Industrie. In einem letzten Aufbüauen versuchte der Keynesianismus, die Wirtschaft durch Anwerfen der Notenpressen und erhöhte Staatsverschuldung zu beleben, aber es war zwecklos: Die Nachkriegsparty war vorbei. Die ArbeiterInnenklasse war nach wie vor stark organisiert. Die späten 1960er und frühen 1970er Jahre waren eine Periode hoher betrieblicher Militanz: Von den Fabriksbesetzungen in Britannien und im italienischen „Heissen Herbst“ 1969 bis zum Generalstreik und den revolutionären Unruhen in Frankreich 1968. Die ArbeiterInnen wehrten sich massiv gegen die Erhöhung der Ausbeutung (Verschlechterungen bei Arbeitszeiten und Löhnen) in den Fabriken. Der keynesianische Weg war an sich selbst gescheitert und spätestens mit dem Ölpreisschock und der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er brauchte das Kapital dringend eine neue Strategie – Vorhang auf für ÖkonomInnen wie Friedman oder Hayek und PolitikerInnen wie Thatcher und Reagan.

Die neuen neoliberalen WortführerInnen schritten zur Tat: Massenhafte Privatisierungen, die neuen Märkte schufen – So fand das angehäufte Kapital wieder profitable Anlageoptionen. Für die Gesellschaft bedeutete das das Gegenteil: Jobs wurden abgebaut und privatisierte Dienstleister trieben die

Wieviele Neoliberale braucht man, um eine Glühbirne auszutauschen?

fach vom Himmel. Schon Marx schrieb, dass jede Ära ihre eigenen Persönlichkeiten hervorbringt, bzw. sie sich selbst schafft. Thatcher war der personifizierte Ausdruck der Reaktion des Kapitalismus auf das Ende des Nachkriegsaufschwungs.

Dieser Aufschwung war der längste, den der Kapitalismus je sah. Klar: Viel war kaputt, viel musste wieder aufgebaut werden. Das schafft Nachfrage, Arbeitsplätze, Kaufkraft etc. Die Nachkriegszeit war von einem Konsens in den politischen Eliten dominiert, der einen starken Staat favorisierte: Staatliche Intervention und Regulation stabilisierten, und progressivere Steuern hatten einen leicht umverteilenden Effekt. Arbeitslosigkeit wurde in vielen entwickelten kapitalistischen Ländern minimiert. Das Kapital brauchte viel Arbeitskraft – die Arbeitslosen, die „industrielle Reservearmee“ (Marx) wurden in den Arbeitsprozess geholt, Frauen fanden Jobs, was die Frauenrechtsbe-

gen: Stetige Reallohnnerhöhungen und ein höherer Anteil am geschaffenen Mehrwert. In Deutschland beispielsweise stiegen die Reallöhne 1950–59 um 4,66% jährlich (im Vergleich zu 1,51% 1925–38 und 1,27% 1895–1913). Das bedeutete ein Sinken der Profitrate, was für das Kapital allerdings nicht schlagend wurde, solange der Kuchen insgesamt größer wurde. Hohes Produktivitätswachstum erlaubte gleichzeitig hohe Profitniveaus und hohe Reallohn niveaus.

Aber jeder kapitalistische Boom hat ein Ende. Der Nachkriegsaufschwung endete Ende der 1960er in den USA und Anfang der 1970er in Europa. Der Vorrat an verhältnismäßig billigen und gefügigen ArbeiterInnen war weitgehend aufgebraucht. Die Trümmer waren beiseite geschafft, Europa wieder aufgebaut. Es gab keinen Anreiz, in neue Technologien zu investieren – das Kapital blickt immer zuerst auf den Absatzmarkt, und da lief



Preise in die Höhe und die Qualität nach unten.

Deindustrialisierung bzw. die Umsiedlung der Industrien in Billiglohnländer - so konnte die Profitrate wieder gesteigert und Überkapazitäten abgebaut werden. Mit katastrophalen Folgen für

pflichteten sie sich zu weitreichenden Zwangsoffnungen und sogenannten „Strukturangepassungsprogrammen“ (SAP). Die Folgen: Seit den ersten SAPs 1981 hat sich die Zahl der Nahrungsmittelengpässe pro Jahr in Afrika verdreifacht. 1992 starben in So-

Wer sich am Markt nicht durchsetzen kann, hat es verdient, in der Gosse zu landen und muss selbst versuchen, rauszukommen. Das nennt man dann „Verantwortung des Individuums“. Hier treffen sich Liberalismus und Rechtsextremismus: Die deutsche FDP organisierte ihre Parteitage nach dem Krieg nach dem Vorbild der NSDAP und forderte erstmals eine Generalamnestie für Nazis. Das neoliberale „Liberale Forum“ entwickelte sich aus der FPÖ. Trotz der scheinsozialen Rhetorik stützt sich die FPÖ nach wie vor auf ein stramm neoliberalen Programm.

Doch trotz der neoliberalen Offensive hat sich der Kapitalismus nicht nachhaltig erholt, im Gegenteil. Das Wiederaufleben der Profite wurde nicht von einem Investitionsboom begleitet. Das Wachstum des Nettoprinzipialbestands war viel langsamer als während des Nachkriegsaufschwungs. Die Nachfrage nach Rohstoffen war verhältnismäßig schwächer. Höhere Profitniveaus kamen nicht aus höherer Produktivität, sondern aus gesteigerter Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Widersprüche kulminierte im Finanzcrash 2008. Seither fällt das neoliberale Kartellhaus in sich zusammen und enthüllt die strukturellen Schwächen des Kapitalismus. Der Kapitalismus ist zurück in seinem Normalzustand, weder keynesianische noch neoliberale Modelle konnten seine Krisenhaftigkeit einlämmen.

Sebastian Kugler

Keinen einzigen. Das regelt der Markt ganz allein.

die ArbeiterInnenklasse: 1978–83 sank der Output der verarbeitenden Industrie in Britannien um 30 %, während die Arbeitslosigkeit auf 3,6 Millionen anstieg. Von 1970 bis 1994 sank laut einer IWF-Studie von 1997 in den 23 meistentwickelten Volkswirtschaften der Welt der Anteil an Beschäftigten in der Produktion von 28% auf 18%. Strukturelle Massenarbeitslosigkeit entstand, die neuen Jobs waren prekär und unterbezahlt.

Deregulierung und großes Aufblähnen des Finanzsektors - so konnte durch Kredite trotz stagnierender bzw. sinkender Reallöhne der Konsum stimuliert werden, während sich in den oberen Sphären der Finanzwelt angehäuftes Kapital austoben und fiktiv vermehren konnte.

Erhöhung der Ausbeutung der neokolonialen Länder: Am brutalsten gestaltete sich die neoliberale „Schocktherapie“ (Naomi Klein) durch IWF, WTO & Co in der sogenannten „3.Welt“. Im Austausch für akute Finanzhilfen ver-

malia 300.000 Menschen an einer Hungersnot, für die SAPs mitverantwortlich waren. 1986–2001 verdoppelte sich die Zahl der AfrikanerInnen, die von 1 USD am Tag leben müssen, auf 313 Millionen.

Ideologisch bedeutete der Neoliberalismus einen Backlash, der durch den Zusammenbruch des Stalinismus und das verkündete „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) beschleunigt wurde. Der Schlachtruf lautete „Mehr Privat – Weniger Staat!“ und wurde von Thatcher auf die Spitze getrieben: „There is no such thing as society“ („So etwas wie eine Gesellschaft/Gemeinschaft gibt es nicht“). Für Frauen bedeuteten Privatisierungen im Gesundheitssystem und Arbeitsplatzabbau einen sozialen und ideologischen Rückschlag. Sie wurden wieder an die Herde und häuslichen Pflegebetten gedrängt. Die Idee von Solidarität wurde als „leistungsfeindlich“ gebrandmarkt - Neoliberalismus bedeutet das Überleben des Stärkeren.



Marx aktuell

Liberalismus bedeutet in etwa Lehre von der Freiheit. Als politische Strömung entstand der Liberalismus in England durch die Industrielle Revolution. Die neue Produktionsweise passte nicht mehr mit der alten Gesellschaft zusammen. Als Reaktion gegen den nutzlosen Adel bildete sich der Liberalismus. Er war die Ideologie der aufstrebenden neuen Schicht der Fabrikbesitzer. Ihren Wohlstand sahen sie als selbst erarbeitet an. Das stand im Gegensatz zum vererbten Besitz des Adels. Der hatte aber trotzdem noch das Sagen. Die Liberalen wollten alle Schranken für sich aus dem Weg räumen. Der Starke sollte sich gegen den Schwachen in einem freien Wettbewerb auf einem freien Markt durchsetzen können. Adam Smith, einer der theoretischen Begründer des Liberalismus meinte: „Je freier und umfassender der Wettbewerb ist,

Der Liberalismus ist gar nicht so liberal

um so mehr Vorteile hat die Öffentlichkeit.“

Manche Liberale forderten auch die Abschaffung des Erbensens als Ursache der Ungerechtigkeit. Auch heute wird Vermögen und Besitz zu 98% nicht erarbeitet, sondern vererbt. Ans Abschaffen des Erbensens denken Liberale heute nicht mehr. Schließlich sind sie zur herrschenden Klasse geworden, haben selbst geerbt und wollen weitervererben!

Für das Leben der einfachen Menschen in den Fabriken und auf dem Land hatten aber auch die Liberalen des 18. und 19. Jahrhunderts nichts über. Die Freiheit des Liberalismus hörte bei den Villen der Fabrikbesitzer auf. Ob die Kinder, Frauen und Männer in den Fabriken lesen konnten, interessierte sie nur so weit, wie es für die Arbeit von Nutzen war. Gewerkschaften „stören“ nur den freien Wettbewerb.

Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus hat sich international der Liberalismus als „Freihandel“ durchgesetzt. Dabei geht es natürlich nicht um gleichberechtigten Handel zwischen Ländern, sondern darum, dass die Vormachtstellung der starken Länder und Konzerne festgeschrieben wird. Für Entwicklungsländer bedeutet das bis heute, die eigene Wirtschaft zu Gunsten der großen weltweiten Konzerne zu öffnen. In Nigeria ist der Einfluss von Shell heute so groß, dass teilweise von Shell-Country gesprochen wird.

Eigentlich ist der Liberalismus als gesellschaftliche Kraft durch die Durchsetzung des Kapitalismus über den Adel überholt. Trotzdem gibt es ihn bis heute als eine Art Speerspitze der radikalen Unternehmerpolitik gegen Löhne, Gewerkschaftsrechte, Zölle zum Schutz der Wirtschaft etc. In den USA spielte er in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder eine große Rolle - z.B. unter Präsident Reagan. Im Mittelpunkt stand die These, dass der Markt alles regeln würde. Deshalb sprachen sich Liberale wie Milton Friedman auch für die Freigabe von Drogen aus. Jeder Eingriff in den Markt wie Sozialgesetzgebung oder Gewerkschaften würde nur das Marktgleichgewicht verschieben und Krisen hervorrufen. Nun, die Sozialstaaten wurden weltweit zerstochen, Löhne gekürzt und einem internationalem Wettbewerb nach unten ausgesetzt und trotzdem erleben wir gerade die größte Krise seit 100 Jahren!

Über weite Teile ist der Liberalismus mit dem Sozialdarwinismus konform. Beide gehen schließlich vom „Überlebensrecht“ des Stärkeren aus. Insofern ist Strom nach einer sehr konsequente Verbindung dieser beiden Stränge: des Neoliberalismus und Sozialdarwinismus mit seinem Rechtspopulismus.

Albert Kropf



Heute wie damals: Widerstand stoppt Neoliberalismus!

Als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise der 1970er-Jahre und als Ausweg aus der keynesianischen Sackgasse schlugen die Herrschenden den Weg des Neoliberalismus ein. Sie versuchen, die „Ausbeutung der Ware Arbeits-

spielen AktivistInnen der englischen Schwesterorganisation der SLP (damals „Militant“) eine führende Rolle und boten der Kürzungspolitik Thatchers die Stirn. Der Gemeinderat beschloss ein Budget, das sich nicht nach

barschaften Anti-Poll-Tax-Treffen und Komitees in allen Teilen des Landes. In den 1980ern war Militant noch Teil der Labour Party, weil diese – im Unterschied zu heute – von der ArbeiterInnenklasse noch als ihre Partei gese-

gene Kampfkraft und die von denen um uns herum. Dem setzen wir die aktuellen kollektiven Kämpfe überall auf der Welt entgegen: Die Generalstreiks und Betriebsbesetzungen in Griechenland, die Massenbewegung gegen Zwangsräumungen in Spanien. Die aktuellen Kampagnen gegen Massensteuern in Irland und Schottland sind das Echo der Anti-Poll-Tax-Bewegung: So boykottierten mindestens

750.000 Familien (52 % der Betroffenen) die irische Haussteuer, während sich in Schottland gegen die Schlafzimmersteuer ähnlich starker Widerstand formiert. Auch die Teile der ArbeiterInnenklasse,

gen eine bereits beschlossene Nulllohnrunde ins Feld und waren erfolgreich. Der Kapitalismus und seine VertreterInnen haben keinen Ausweg aus der Krise, der nicht Armut, Arbeitslosigkeit und drastische Senkungen unseres Lebensstandards beinhaltet. Egal, ob sie es „Neoliberalismus“, „Keynesianismus“ oder anders nennen: Dieses System hat bewiesen, dass es nicht nur vorübergehend aus dem Ruder gelaufen ist. Seine Fehler sind dem Kapitalismus innewohnend. Langfristig können wir den Neoliberalismus nur auf den Misthaufen der Geschichte verfrachten, wenn der Kapitalismus selbst abgeschafft wird. Und das ist möglich: Massenbewegungen haben den Kapitalismus schon oft in seinen Grundfesten erschüttert und können das heute mehr denn je. Mit einem sozialistischen Programm, das auf die demokratische Kontrolle der Wirtschaft in den Händen der Beschäftigten ausgerichtet ist, das die kapitalistische Logik nicht akzeptiert und Bedürfnisse vor Profite stellt, können solche Bewegungen erfolgreich sein.

Laura Rafetseder

Wir sind nicht machtlos gegen Angriffe der herrschenden Klasse!

kraft zu erhöhen“ – also Löhne zu drücken und den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse zu senken. Keine Errungenschaft ist tabu: weder Urlaub noch Arbeitszeit, Gewerkschaftsrechte oder Sozialstaat. Die ArbeiterInnenklasse hat keine andere Wahl als zu kämpfen – und tut das auch. Das zeigt schon Thatchers Heimatland: 1984/85 wehrten sich britische BergarbeiterInnen in einem bitteren Kampf gegen die Schließung der Minen. Verloren wurde er nicht aufgrund mangelnder Kampfbereitschaft – sie haben ein Jahr lang gestreikt – sondern aufgrund der falschen Politik der Gewerkschaftsführung. Im Gemeinde-

angeblichen Sachzwängen richtete. Es war defizitär und illegal. Durchgesetzt wurde es trotzdem. Mit Mobilisierungen bis hin zu stadtweiten Generalstreiks wurde die Bundesregierung gezwungen, Geld nachzuschießen. Ein massives kommunales Wohnbauprogramm wurde durchgesetzt. Anfang der 1990er wurde Thatcher durch die Anti-Poll-Tax-Bewegung in die Knie gezwungen. Damals weigerten sich 18 Millionen Menschen, die Poll-Tax, eine Kopfsteuer, die Thatcher einführen wollte, zu bezahlen. Auch hier spielte Militant, heute als „Socialist Party“ bekannt, eine Schlüsselrolle. Militant organisierte über die Gewerkschaften und Nach-

hen wurde. Die Führungen der Labour Party und der Gewerkschaften organisierten lieber Hexenjagden gegen Linke wie Militant als Widerstand zu organisieren.

Aber auch heute sind wir nicht machtlos gegen die Angriffe der herrschenden Klasse. Massenmobilisierungen, Nichtbezahlungskampagnen und Streiks sind Instrumente des Klassenkampfs, die heute mehr denn je nötig sind. Es ist eine von neoliberaler Ideologie getränktes Lüge, dass wir die Last der Angriffe durch individuelle Lösungen oder Gürtelengerschnallen abfedern können. „Augen zu und durch“, und irgendwann auf bessere Zeiten hoffen? Das schwächt unsere ei-

Occupy Barbie-Dreamhouse!

In Berlin soll am 16. Mai auf 2.500 m² das Barbie-Traumhaus eröffnet werden. Dort werden kleine Mädchen nochmals in die Rollenklischees reingepresst: kochen, schminken, shoppen. Anschließend können sie sich aussuchen, ob sie Topmodel oder Superstar sein wollen. Vor Ort wird ein, milde gesagt, "unnatürliches" Schönheitsideal ausgelebt - Barbie würde mit ihren Maßen als Mensch nicht überleben können. Durch sie wird vermittelt, dass Frauen gut aussehen, sich aufreizend anziehen und für ihren Ken einen frischen Kuchen backen müssen. Unabhängigkeit? Emanzipation? Fehlanzeige. Frauen haben sich im Laufe der Jahrzehnte viele Rechte erkämpft. Durch die verstärkte Einbindung in den Arbeitsmarkt war es zumindest für manche Frauen aus der ArbeiterInnenklasse möglich, eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit vom Mann zu erlangen. Doch Rollenbilder sind deswegen nicht verschwunden: Frauen müssen jetzt eben perfekte Hausfrau & Mutter sein, dabei top gestylt sein, und nebenbei noch „Karriere machen“. 90 % der Hausarbeit und Betreuung von Verwandten etc. werden von Frauen kostenlos verrichtet - die Situation ver-

schärft sich durch Krise und Abbau des Gesundheitssystems. Barbie hilft dabei, Rollenbilder auf aktuelle Bedürfnisse des Kapitals „upzudaten“.

Die SAV (Schwesterorganisation der SLP) startete mit Linksjugend [solid] (Jugendorganisation der Linkspartei) eine Kampagne gegen das Haus, mit Erfolg: wöchentliche Diskussionsveranstaltungen und Proteste brachten mediale Aufmerksamkeit, internationale Medien berichteten über Aktionen gegen den pinken Alpträum. Bei einer Pressebegehung gelang es einem Genossen, die Mattel-Sprecherin zu konfrontieren - es endete in einer PR-Blamage für Mattel. Beim Streik der LehrerInnen wurden Flyer unter dem Motto "Keine Schulklassen ins Barbiehaus" verteilt, um für eine große Demo am Tag der Eröffnung zu mobilisieren. Diese richtet sich nicht gegen BesucherInnen, sondern gegen Mattel und das Bild, das der Konzern von Frauen vermittelt. Die SAV startete auch den antisexistischen Blog „Rosa Reloaded“, der sich mit historischen und aktuellen Kämpfen gegen Frauunterdrückung befasst.

Sedef Yavuz

www.rosareloaded.de



Studis wollen zahlen?

Den provokantesten Wahlkampf zur Wahl der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) fah-

Die jetzige „linke“ ÖH-Exekutive hatte sich v.a. auf juristische Möglichkeiten beschränkt, um gegen Stu-

chieden: Manchmal mag das die Fachschaftsliste sein, manchmal KSV-KJÖ. An der Uni-Wien ist es die

Es kommt darauf an, die ÖH als Motor für kommende Bewegungen zu gewinnen!

ren wohl die „Jungen Liberalen (JuLis)“: Auf einer Plakatflut fordern sie die volle Einführung von Studiengebühren und Zulassungsbeschränkungen. Das ist im Wesentlichen das, wogegen die letzten Uni-Bewegungen gekämpft haben. Trotzdem werden sie wohl Erfolg haben: Laut Umfragen halten das die meisten Studis für die Lösung der überfüllten Unis.

diengebühren zu kämpfen, statt tatsächlichen Widerstand zu organisieren und für alternative Finanzierungen wie eine Reichensteuer zu kämpfen. Auch andere Projekte wie das „Café Rosa“ zeigen Abgehobenheit und Unfähigkeit der ÖH.

Also: Wen wählen? Im Zweifel bleibt nur, das Linkenste zu wählen, das sich auf den jeweiligen Listen findet. Das ist regional ver-

„Solidarische Linke (SoLi)“, die einen erfreulich aktivionsorientierten Wahlkampf fährt und den gemeinsamen Kampf mit migrantischen Studis gegen Gebühren, Zulassungsbeschränkungen und Rassismus betont. Es geht darum, die ÖH als Motor für kommende Bewegungen nutzbar zu machen. Reichen wird es nicht, da müssen wir Studis schon selbst was tun!

Tilman M. Ruster

Karl Marx' Ideen sind so lebendig wie eh und je.

Krise. Kein anderes Wort hält sich in den letzten Jahren so hartnäckig in den Medien. Wir hören von EU-Austritten und Sparpaketen als Lösungen. Und alle geben vor, wir müssten bei uns selbst sparen, um die Krise zu beenden. Dass es auch andere Lösungsansätze gibt, wird uns verschwiegen. Deswegen veranstaltet die SLP jeden Freitag eine Marxismus-Schulung. Denn der Marxismus ist nicht verstaubt, sondern

ein aktuelles Werkzeug, um die Ursachen der Krise, der Situation von Flüchtlingen, MigrantInnen und Frauen etc. zu analysieren. Nach einem kurzen Referat beantworten wir deine Fragen und führen Diskussionen zum Thema. Die Schulungen sind gratis und starten jeweils um 15:00 Uhr, dauern insgesamt etwa 1,5 Stunden. Wenn Du Interesse hast, melde Dich unter slp@slp.at.

Gabriel Winkelmüller

Fundstück des Monats



Bank ausrauben oder gründen? „Bankraub kostet Freiheit“ (WKO). „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ (Brecht) - wie wahr angesichts von

Wirtschaftskrise, Lohnkürzungen und Sozialabbau auf der einen Seite sowie Bankenrettungspaketen und ManagerInnen-Boni-Orgien auf der anderen!



Vergewaltigung ist in Indien alltäglich

Massenvergewaltigungen in Delhi haben vor kurzem große Proteste ausgelöst, die sogar von den Medien aufgegriffen wurden. Das Parlament musste darauf Bezug nehmen und die Regierung war gezwungen ein paar Gesetze zum Schutz von Frauen vor Se-

ermordet wurde. Zuvor wurden die Frauen dieser Familie nackt vorgeführt und vergewaltigt.

In allen Teilen des Landes gibt es religiöse und kulturelle Bräuche, die Verbrechen gegen Frauen vorschreiben bzw. rechtfertigen. Die Zahl derarti-

Mädchen und es gibt mehr Frauen als Männer. Warum dieser Unterschied zu anderen Regionen? Ein Blick auf ihr soziales Leben zeigt, dass Frauen dort einen höheren Grad an Unabhängigkeit (inklusive sexueller Unabhängigkeit) haben. Sie kön-

Das hat viele Bräuche initiiert, die die Versklavung von Frauen institutionalisierten. Trotz sporadischer Reformen hält sich der orthodoxe Brahmanismus hartnäckig.

Die Kontrolle über die weibliche Sexualität war Schlüssel für die „Reinheit“ des Kastensystems. Die Massenvergewaltigungen an Dalit-Frauen und Ehrenmorde sind Zeugnis dieses grausamen Systems. Muslimische und christliche Frauen leiden aber genauso.

Der indische Kapitalismus wuchs nicht gegen das feudale Kastensystem, sondern mit dem Kastensystem. Dieses bot dem Kapitalismus bereits unterdrückte Massen - und Frauenunterdrückung war Teil davon. Die Globalisierung hat nur eine schöne Oberfläche, über das verfallene soziale System gelegt. Unter dieser modernen Oberfläche ist das soziale Leben immer noch von patriarchalen Familienstrukturen geprägt.

Bestimmte von Stämmen dominierte Gebiete, besonders jene in den Randzonen des Landes, haben noch andere kulturelle Eigenheiten. Soziologische Studien über diese Stämme zeigen, dass Frauen dort gleichgestellt bzw. höhergestellt als die Männer des Stammes sind. Sie feiern die Geburt von

en sind ein wichtiger Teil der ArbeiterInnenklasse und arbeiten vorwiegend in schlecht organisierten Niedriglohnsektoren. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird nicht angewandt. Hausarbeit ist einzige und allein die Arbeit der Hausfrau und wird natürlich nicht bezahlt.

Trotzdem haben die Frauen Indiens einen mutigen Kampf gegen ihre Ausbeutung geführt. Die Kämpfe gegen Frauenunterdrückung werden täglich in vielen Haushalten auf individueller Ebene geführt. Diese Kämpfe können in Zukunft als starke Bewegung auf kollektiver Ebene aufbrechen, wenn sie mit dem Kampf gegen das Kastensystem und den Kapitalismus verbunden werden. Sie haben das Potential, Frauenunterdrückung samt Kastensystem und Kapitalismus hinter sich zu lassen und den Weg für eine sozialistische Gesellschaft zu ebnen.

Frauenunterdrückung in Indien ist tief im feudalen Kastensystem und Kapitalismus verwurzelt

xualverbrechen zu erlassen. Und doch sind solche Fälle nichts Ungewöhnliches. In der Zeit nach dem Massenaufschrei, zwischen 1. Jänner und 15. Februar 2013, wurden 181 Fälle von Vergewaltigung gemeldet. Die Opfer reichten von einem vierjährigen Kind bis hin zu einer 60jährigen Frau. Letztes Jahr gab es in Maharashtra (westliche Region in Indien) einen Fall von „Ehrenmord“, bei dem ein Vater seine Tochter tötete, weil diese einen jungen Mann aus einer anderen Kaste heiraten wollte. Zwei Jahre davor wurde dieselbe Region vom brutalen Khairlanji-Massaker erschüttert, wo eine Dalit Familie (d.h. Familie aus niedriger Kaste) von Menschen aus oberen Kasten

(religiöse Texte des Hinduismus, geschrieben von Brahmanen, einer höhergestellten Priesterkaste) schreiben ungebundenen Frauen niedrigeren Status zu und halten fest, dass diese geschützt und kontrolliert werden müssen. Frau-

Shital Alhat
Sarika Chavan

Aktivistinnen aus Pune
CWI-Indien

<http://socialism.in/>

Nordkorea & USA: Droht ein Krieg?

Unter der Bezeichnung "Schwerpunkt auf Asien" haben die USA eine neue geostrategische Orientierung umgesetzt, in der der militärische Fokus auf Südostasien liegt. Das ist eine zentrale Ursache des aktuellen Säbelrasselns. China ist der größte wirtschaftliche Konkurrenten der USA in der Region und stellt sich im UN-Sicherheitsrat mit Vetos gegen Militärinterventionen in Syrien und Iran auch deren politischen Interessen entgegen.

Nordkorea ist die brutalste verbliebene stalinistische Diktatur mit Hunderttausenden in Gulags. Die Bevölkerung ist bitterarm und wird vom riesigen Militärapparat unterdrückt. Die Wirtschaftssanktionen gegen das Land verschlimmern die Lage der Menschen massiv. Die Machthaber im Norden setzte zur Verteidigung auf massive Aufrüstung, inklusive Atomwaffen.

Ökonomisch ist Nordkorea von China abhängig, das das Land als Puffer zwischen sich und dem US-Verbündeten Süden halten möchte. Die Wirtschaftskrise zwingt der US Regierung ein aggressiveres Vorgehen gegen China auf, um die Interessen ihrer Konzerne durchzusetzen. Das ist der Grund für die gemeinsamen Manöver mit Südkorea, die v.a.

Georg Kumer

eine Drohung gegen China sind.

Die USA hat in Manövern, mit Duldsung der neuen konservativen Regierung in Südkorea klargemacht, dass sie jederzeit Nordkorea mit Atomwaffen angreifen kann. Die Drohung Nordkoreas, Nuklearwaffen einzusetzen, war die Antwort auf diese nukleare Provokationen und auch ganz im Sinne der USA, die damit einen Vorwand haben, ihre Militärpräsenz auszubauen. Aber auch dem Regime im Norden hilft die Bedrohung von außen, seine Position in der Bevölkerung zu stärken.

Das stalinistische Nordkorea kann auch als Feindbild gegen den „Sozialismus“ oder „Kommunismus“ herhalten, um stärker werdende Unterstützung für linke Ideen in den USA zu untergraben. Ob es zu einem Krieg kommt ist zur Zeit offen, klar ist aber das die militärische Gefahr v.a. auch durch die Politik der USA gegenüber China zunimmt. Dies zu verhindern ist Aufgabe einer starken Bewegung der ArbeiterInnenkasse in den USA, aber auch in China und den Koreas, die gegen die Militarisierung der Außenpolitik sowie für ein Ende der kapitalistischen Ausbeutung und echte ArbeiterInnen-demokratie kämpft.

Georg Kumer

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Hongkong: Streik am Hafen

450 Beschäftigte der Docks im Hafen von Hong Kong streiken, mit massiven Auswirkungen. Nach 15 Jahren ohne Lohnerhöhung fordern sie jetzt eine 20-prozentige Steigerung und die Zulassung der Gewerkschaft zu Verhandlungen. „Wir können die Ausbeutung nicht länger tolerieren.“, erklärt Dockarbeiter Po. Socialist Action (CWI in Hong Kong) unterstützt den Streik und war von Anfang an täglich mit eigenem Zelt aktiv dabei.

Durch regelmäßige öffentliche Versammlungen gemeinsam mit Streikenden werden andere Organisationen und die Bevölkerung eingebunden. Gewerkschaft und AktivistInnen sammelten \$ 455.600 für die Streikenden. Socialist Action kämpft für ein Ende von Auslagerung und Leiharbeit sowie für die Verstaatlichung der Docks unter demokratischer Kontrolle durch Beschäftigte und Gesellschaft.

chinaworker.info

Schüsse auf Erntehelper

Die SLP sprach mit Katerina Kleitsa von Xekinima aus Griechenland über die Schüsse auf 27 Erntehelper.

ist also offensichtlich, dass die Regierung das was passiert ist zu verantworten hat. Erst nachdem die Arbeiter angeschossen wur-

Griechische Arbeitgeber lassen auf MigrantInnen schießen.

V: Alle sind bestürzt über die Schüsse, aber wo liegt die Verantwortung?

den, gab der Minister für Öffentliche Ordnung und Bürgerschutz zu, dass hier ein Problem existiert!

K: Die Situation ist lange bekannt, spätestens seit 2008, als migrantische Arbeitskräfte das erste Mal wegen der grauenhaften Arbeits- und Lebensbedingungen gestreikt haben. Doch die Regierung hat das ignoriert. AsylwerberInnen dürfen nicht legal arbeiten, bekommen aber kaum Unterstützung vom Staat. Es

V: Was ist jetzt zu tun?

K: Letztes Jahr hat die Regierung MigrantInnen angegriffen, abgeschoben und für die wachsende Kriminalität verantwortlich gemacht. Das hat den Faschisten von der Goldenen Morgenröte genutzt, die wachsende Unterstüt-

zung hat. Aber nun, nach den Schüssen, ist es anders. Viele Menschen sind wütend über die LandbesitzerInnen und unterstützen die ErdbeerplückerInnen. Weil gerade Erntesaison ist, ist ihre Kampfsituation auch relativ gut. Die linken Parteien KP und Syriza haben ParlamentarierInnen hingeschickt; manche rufen zum Boykott der Erdbeeren auf. Das ist aber zu wenig. Griechische ArbeiterInnen sehen ihren Lebensstandard zusammenbrechen, während die herrschende Klasse immer noch große Profite macht. Es braucht daher Solidaritätsaktionen auch durch die lokale Bevölkerung und v.a. gemeinsame Aktionen von migrantischen und griechischen ArbeiterInnen.

Massenproteste gegen Steuer

Irland: 10.000 demonstrierten in Dublin gegen eine neue Massensteuer und zeigten „Labour die Rote Karte“ – denn die Sozialdemokratische Regierungspartei ist zentral für die neuen Angriffe verantwortlich. Die Demo organisierte die „Kampagne gegen Massensteuern“. Bereits letztes Jahr rief sie einen Boykott der neuen „Haushaltssteuer“ aus, an dem sich 52 % der Betroffenen beteiligten. Die Socialist Party (CWI in Irland)

spielt dabei eine führende Rolle. Joe Higgins, Parlamentarier der SP, meinte, dass so eine Kampagne die Regierung zu Fall bringen könnte – so, wie die Kampagne gegen eine Massensteuer in Britannien damals Thatcher stürzte. Nötig, so Higgins, sind „Anti-KürzungskandidatInnen“ bei lokalen Wahlen, um der Sparpolitik eine Alternative entgegenzusetzen.

nohouseholdtax.org
www.socialistparty.net

Repression

Nigeria: Das Democratic Socialist Movement (CWI in Nigeria) ist auch in den aktuellen Studierendenprotesten aktiv. Die Unis antworteten mit massiver Repression: Zwei Aktivisten von DSM sollen unter fadenscheinigen Argumenten von ihren Unis geworfen werden, weil sie Proteste gegen Kürzungen organisierten und versuchten, gewerkschaftliche Strukturen unter den Studierenden aufzubauen.

www.socialistnigeria.org



Was tun mit Titos Erbe?

Zwanzig Jahre nach ihrem Ende liegt die jugoslawische Republik ganz in Scherben. Was nun?

Der Kult um Tito und Jugoslawien erfreut sich Jahrzehnte nach dem Zerfall noch immer einiger Beliebtheit. Ja, der Nationalismus nimmt am Balkan und bei jugoslawischen MigrantInnen zu. Ja, es ist auch bekannt, dass die Nachfolgestaaten wie z.B. Kroatien, Serbien und Slowenien nichts mehr mit einer geplanten Wirtschaft gemein haben. Und trotzdem kann man JugonostalgikerInnen antreffen. Es findet sich schnell ein Konsens: Sei es die relative Reisefreiheit oder der Zusammenhalt der Länder während der Föderation, oder der Lebensstandard, der damals im Durchschnitt höher war als jetzt. Doch abseits der Nostalgie gibt es auch Kritik. Einerseits von Rechts, von nationalistischen Hyänen und scheinbaren religiösen Aufklärern, aber auch berechtigte, von links.

Der Befreiungskampf aus einer Partisanenbewegung hatte für Jugoslawien eine spezielle, antifaschistische Tradition geschaffen. Der „Marschall“ dieser Bewegung war Josip Broz Tito, ein in Moskau aufgestiegener, ursprünglich linientreuer Stalinist. Jugoslawien konnte sich selbst vom

Nationalsozialismus befreien und so hatten weder der westliche Imperialismus noch die außenpolitischen Interessen Moskaus eine tiefgreifende Dominanz in diesem Land. Bereits am 29.11.1943 bildete sich aus der Spalte der jugoslawischen KP erstmals eine eigene Regierung. Dieser Schritt ging Moskau fast schon zu weit – man verpflichtete sie auf die Zusammenarbeit mit den königstreuen Kräften im Londoner Exil. Unmittelbar nach Kriegsende wurde in Folge eine Regierung gebildet, welche auch bürgerliche Vertreter mit einschloss, die Partisanenbewegung demobilisierte und zunächst auf weitgehende Reformen verzichtete. Jugoslawien war in einer Vereinbarung zwischen Churchill und Stalin als gemeinsame Einflusssphäre vorgesehen. Praktisch hätte das bedeutet, dass die jugoslawische KP die politische Macht, die sie real bereits – ähnlich der griechischen oder (nord-)italienischen KP – in Händen hielt, wieder abgeben müssen.

Tito widersetzte sich dem mit Blick auf Italien und Griechenland. Die KP übernahm Ende 1945 die alleinige Macht und rief ei-

ne Volksrepublik aus. Mehr noch: Sie versuchte, über Kontakte zur bulgarischen KP eine eigene Balkanföderation zu schaffen – also ein zweites Machtzentrum neben Moskau. An diesem Punkt erfolgte der Bruch mit Moskau – Stalin konnte keine interne Konkurrenz gebrauchen, auch wenn diese seinem Regime in den zentralen Punkten (insbesondere der Herrschaft einer Parteibürokratie) gleich war.

Mit dieser Trennung wurde auch die Diskussion ausgelöst, wie Jugoslawien einzuschätzen sei und viele Linke zu dem Irrglauben verleitet, Tito und sein Regime seien nicht stalinistisch, weil er ja mit Stalin gebrochen hatte. Die Revolutionary Communist Party (aus der sich später das CWI entwickelte) aber bezeichnete Jugoslawien auch weiter als deformierten ArbeiterInnenstaat. Dieser war einerseits zu unterstützen, weil er eine von Stalin unterdrückte Nation war. Andererseits sei eine politische Revolution nötig, da Tito ein Hindernis für ArbeiterInnen-demokratie und Sozialismus war.

Nachdem die Isolation der Wirtschaft mehr und mehr schadete, begann

man mit der Öffnung in den Westen und der Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen. Die "ArbeiterInnenselfverwaltung" in den Betrieben war eine der wichtigsten daraus resultierenden Maßnahmen – allerdings wurde und wird ihr eine größere Relevanz beigemessen als sie in der Realität darstellte. Sie war – anders als etwa die Räte (Sowjets) in Russland 1917 – eine von oben eingesetzte Struktur mit wenigen Befugnissen, die eher die Konkurrenz zwischen den Betrieben befeuerte.

Der darauffolgende, beeindruckende Boom war auch geprägt von Arbeitsmigration (und den damit verbundenen Devisensendungen) und Krediten aus dem Westen. Es sollten diese Kredite sein, die Jugoslawien das Genick brachen, da die Kreditgeber nach Titos Tod – und v.a. dem sich abzeichnenden Ende des Kalten Krieges, in dem Jugoslawien strategische Bedeutung besessen hatte – mehr und mehr marktwirtschaftliche Mechanismen durchsetzten. Arbeitslosigkeit und Inflation nahmen unglaubliche Ausmaße an. Das soziale Gefälle zwischen den Regionen war über die Jahr-

zehnte kaum geringer geworden und bildete nun ein Minenfeld der nationalistischen Stimmungsmache. Zunächst versuchte die ArbeiterInnenbewegung, durch gemeinsame Streiks und Kämpfe dieser Entwicklung zu trotzen, verlor diese Kämpfe aber. Der Traum von Jugoslawien war damit spätestens in den 80er Jahren vorbei und etwa zehn Jahre später entschieden sich die Oligarchen der Teilrepubliken, die von einer „nationalen Erneuerung“ träumten, für den Krieg.

Was tun? Es gab positive Aspekte in der Zeit der föderativen Republik Jugoslawiens: die Elemente, die einen ArbeiterInnenstaat trotz seiner Deformation durch einen bürokratischen Apparat ausmachen, die antifaschistische Tradition oder die zumindest teilweise Bekämpfung von Nationalismen. An ihnen muss man ansetzen und versuchen, den Aufbau von internationalistisch-sozialistischen Strukturen und ArbeiterInnenparteien in den Ländern Ex-Jugoslawiens voranzutreiben. Nur so kann das, was ein sozialistisches Jugoslawien hätte bedeuten können, wirklich umgesetzt werden. **Clemens Wiesinger**

FPÖ angeschlagen, nicht besiegt!

Die SPÖ versucht sich als Gegenspielerin der FPÖ zu präsentieren, arbeitet aber überall mit ihr zusammen.

Die FPÖ stürzt bei Wahlen und Umfragen ab, Korruptionsskandale und interne Machtkämpfe kratzen am Lack der angeblichen „sozialen Heimatpartei“. Gleichzeitig betritt Stronach die politische Bühne; er dürfte einen guten Teil der Proteststimmen einfahren. Bürgerliche Medien reden vom „Ende der Rechten“ (Profil). So einfach ist es leider nicht.

Die FPÖ ist nicht zum ersten Mal angezählt. Nach der Abspaltung des BZÖ hatte sie weit größere Probleme. Trotzdem

konnte sie sich schnell wieder etablieren, weil der Nährboden für rechte Hetze mit Sparpaketen, Nulllohnrunden & Geschenken an Banken weiterhin aufbereitet und die FPÖ in den politischen Alltag integriert wird.

Und die SPÖ arbeitet mit ihr zusammen: Die SP-FP-Koalition in Kärnten 2005 machte Haider erneut zum Landeshauptmann, 2011 wurde gemeinsam die Spitalsreform in OÖ beschlossen. Die Einführung der Stadtwache in Linz unter dem Komman-

do von FP-Chef Wimmer war ein Geschenk der SPÖ.

Solange es keine echte neue ArbeiterInnenpartei gibt, kann sich die FPÖ weiterhin als „sozial“ und „Opposition“ aufspielen. Wir aber müssen gemeinsam kämpferische Gewerkschaften und eine neue ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm aufbauen, um ein weiteres Comeback von Strache und seinen Kumpaten zu verhindern.

Flo Klabacher



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbefristeten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.